



Mindestlohn erstritten

Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller haben Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto schon vor dem Jahr 2017. Jedenfalls dann, wenn die Zeitungsboten auch Werbeprospekte zustellen, die nicht in der Druckerei maschinell, sondern zumindest teilweise händisch vom Boten in die Zeitung eingelegt werden. So urteilte das Arbeitsgericht Nienburg (Weser) am 13.08.2015. Link zum Bericht auf der DGB-Internetseite:

<http://bit.ly/1LWrgZm>

Petition der NW-Zeitungsusteller

Geschäftsführer Klaus Schrotthofer will für die „Neue Westfälische“ Zustellerlöhne mit Hilfe dreier neuer „billiger“ Gesellschaften absenken. Der Verlag NW hat seiner eigenen „teuren“ Tochter NW Logistik die Zustellung der NW für Gütersloh gekündigt und sie an die eigene „Billig-Tochter“ NW Medien-Service Süd übertragen.

Dagegen haben die Zeitungszusteller eine Online-Petition an Dietmar Nietan, Schatzmeister der SPD, gestartet. Link zu weiteren Infos:

<http://zeitungszusteller.verdi.de>



SA. 10. OKT. 12 UHR BERLIN/HBF
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

DEMO
WWW.TTIP-DEMO.DE



ver.di-Gewerkschaftssekretärin Irene Salberg.

Foto: as

Proteste beim Verlegertreffen:

„Ihr Großvater würde Sie enteignen!“

Peter Esser, der Herausgeber der „Mittelbayerischen Zeitung“ in Regensburg, lud seine Verlegerkollegen beim Treffen des BDZV (Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger) in Regensburg, am Sonntag, den 20. September 2015, zur Besichtigung des Druckzentrums und am Abend danach zum Festbankett auf den Schiffen der „Kristallflotte“ zwischen Regensburg und Walhalla ein. Doch was ihm und den anderen Verlegern jeweils entgegenschallte, war wütender Protest: Protest der kürzlich Entlassenen im Druckzentrum, Protest gegen Essers Beschäftigungspolitik.

Bei seiner Rede auf dem BDZV-Kongress verbat sich Esser vor allem eines: Einmischung. Die Verleger seien sich ihrer Verantwortung für Betriebe und Öffentlichkeit bewusst: „Und da brauchen wir auch keine Nachhilfe von Politik und Gewerkschaften. Wir meinen ja nicht die Verantwortung zur Gewinnmaximierung auf Kosten der Mitarbeiter zugunsten der Verleger oder Inhaber. Wir meinen Verantwortung, um die Gesprächskultur zu erhalten und zu befördern und zu investieren und zu modernisieren - und das kostet Geld.“

Die Kultur des Vertrauens sei die Grundlage für die größtmögliche Motivation der Mitarbeiter, behauptete Esser und riet den Verlegerkollegen zur Gelassenheit: „Gegenüber der Politik, von der wir natürlich nicht wirklich die Rahmenbedingungen bekommen, die nötig wären. Gegenüber Gewerkschaften, die uns wirklich nicht erklären müssen, was unser Job

ist. Gegenüber der Gesetzgebung, über deren Qualität man sich manchmal die Haare raufen möchte. Gegenüber der Bürokratie, die wohl mit allem vorgenannten einhergeht.“

Irene Salberg, ver.di-Gewerkschaftssekretärin, die sich bereits seit fast zwei Dekaden mit der Verlagspolitik von Esser herumschlägt, die Auswirkungen sowohl auf die Stellen wie auf die Berichterstattung miterlebt hat und noch den alten, publizistisch orientierten Herausgeber und Besitzer der „Mittelbayerischen Zeitung“ kannte, schrieb dem Regensburger Verleger vor dem Druckzentrum ins Stammbuch: „Ihr Großvater würde Sie enteignen.“

Susanne Stracke-Neumann

Weitere Informationen:

Ein ausführlicher Bericht über die Proteste in Regensburg kann auf der Seite der Online-Zeitung regensburg-digital nachgelesen werden:

<http://bit.ly/1KQB9Wu>

Informationen zum Hintergrund auf der Internetseite des ver.di-Landesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie Bayern:

<http://bit.ly/1KZJGmN>

Madsack streicht Stellen bei den „Lübecker Nachrichten“:

Kampfansage an der Ostsee

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di Nord) sieht in dem geplanten Stellenabbau bei den „Lübecker Nachrichten“ einen weiteren massiven Eingriff in die Eigenständigkeit der Zeitungsverlage an der Ostsee. Am 18. September wurde bekannt, dass die „Lübecker Nachrichten“ ein Drittel der Stellen in der Redaktion abbauen wollen.

Die gemeinsame Mantelredaktion von „Lübecker Nachrichten“ und „Ostsee-Zeitung“ in Rostock soll durch Dienstleistungen der konzerninternen Zentralredaktion in Hannover ersetzt werden.

Die „Lübecker Nachrichten“ und die „Ostsee-Zeitung“ gehören zum Madsack-Konzern (u.a. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, „Leipziger Volkszeitung“, Gesellschafterin im Madsack-Konzern ist die dd_vg, eine Medienbeteiligungsgesellschaft der SPD). Martin Dieckmann, ver.di-Landesfachbereichsleiter, sieht darin eine Kampfansage: „Nach dem Kahlschlag bei den ‚Kieler Nachrichten‘ schluckt man Häppchen um Häppchen, aber es ist letztlich ein umfassender Sanierungsplan, der die Eigenständigkeit der Zeitungsverlage an der Ostsee gefährdet.“

Auch bei den „Kieler Nachrichten“, wo Madsack fast die Hälfte der Gesellschafteranteile hält, wird in ähnlichem Ausmaß Personalabbau geplant. „Nach Kiel steht in Lübeck und auch in Rostock eine regelrechte Entkernung bevor“,



Die Entscheidungen werden hier getroffen: Madsack-Verlagszentrale in Hannover

Foto: Marta Krajinovic

sagt Dieckmann. Kernbereiche und Kernkompetenzen der Redaktionen und aller Verlagsbereiche seien bedroht: „Von Hannover als Konzernzentrale aus kann man Zahlen rechnen, aber man erreicht dann die Menschen an der Ostsee nicht mehr. Zeitungsverlage leben im hohen Maße von der Verbundenheit der Menschen in der Region mit ihrer Zeitung. Das trifft besonders auf alle Beschäftigten in

den Verlagen zu. Wenn ein Konzern das nicht berücksichtigt, setzt er alles aufs Spiel, was ihn wirtschaftlich trägt.“

Angesichts des bundesweiten Konzern-Sanierungsprogramms, das unter dem Titel „Madsack 2018“ durchgesetzt werden soll, kündigt ver.di Widerstand mit eigenen tariflichen Forderungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung an der Ostsee an.

Madsack: „Ostsee-Zeitung“ und „Lübecker Nachrichten“:

Kompromiss bei Altersteilzeit

In der zweiten Verhandlungsrunde haben sich die Gewerkschaften ver.di und DJV mit der Geschäftsleitung von „Ostsee-Zeitung“ und Lübecker Nachrichten auf tarifliche Regelungen zur Altersteilzeit geeinigt.

Der für Verlag, Redaktion und Technik geltende Grundtarif sieht vor, dass im beiderseitigen Einvernehmen Verträge mit einer Laufzeit von bis zu acht Jahren – in der Regel sechs

Jahre – abgeschlossen werden können. Die Netto-Bezüge sowie Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld werden auf 85 Prozent aufgestockt; die Beiträge zur Rentenversicherung auf 90 Prozent. Der Vertrag gilt für Ostsee-Zeitung, Lübecker Nachrichten und ihre 100-prozentigen Tochterfirmen.

Für die Dauer von zunächst einem Jahr gibt es einen sogenannten Ergänzungstarif. Er ist

besser dotiert als der Grundtarif, setzt aber voraus, dass die Firma wegen geplanter personeller Maßnahme die Altersteilzeitregelung mit dem Mitarbeiter möchte und sich dieser innerhalb von drei Monaten entscheidet. In diesem Fall besteht Anspruch auf eine Ausgleichszahlung für die eventuell durch vorzeitigen Renteneintritt entstehenden finanziellen Einbußen, begrenzt auf maximal 18 000 Euro. Zudem können Mitarbeiter in diesem Fall wählen, ob die Beiträge zur Rentenversicherung oder Weihnachts- und Urlaubsgeld auf 100 Prozent aufgestockt werden.

Angestrebt wird, dass beide Tarifverträge am 1. November in Kraft treten.

Es wurde vereinbart, die Verhandlungen über Standort- und Beschäftigungssicherung zunächst mit einem Sondierungsgespräch am 19. Oktober in kleinem Rahmen zu beginnen.

Die Verhandlungen wurden von einer Kundgebung von mehr als 60 Beschäftigten aus Redaktion, Verlag und Technik vor dem Presshaus Rostock (Foto: ver.di).

www.facebook.com/verdiMedienKulturNord



Berliner Verlag:

Klickraten oder Kerngeschäft?

Der Verlag M. DuMont Schauberg agiert weiterhin beim Berliner Verlag („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“) mit Tarifflocht und Auslagerungen. Zeitgleich sollen die Beschäftigten die Idee der „digitalen Transformation“ umsetzen.

Er habe sich das Organigramm des Pressehauses am Alexanderplatz angesehen. Es stelle sich dar „wie das eines Konzerns, der mit 5000 Beschäftigten an mehreren Standorten produziert“, nicht wie das eines Verlages mit einigen hundert Beschäftigten, „dessen Kerngeschäft es eigentlich ist, zwei Regionalzeitungen herauszubringen“. So analysierte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, Ende Juni auf der Betriebsversammlung im Berliner Verlag die Lage im Haus M. DuMont Schauberg. Der notwendige Wandel im digitalen Zeitalter werde „scheitern, wenn die Hauptidee verlegerischen Handels aus Tarifflocht, Ausgliederungen und Verlagerungen besteht“.

Tatsächlich haben sich Beschäftigte und Betriebsräte weiter mit den Folgen derartiger „Zergliederitis“ auseinanderzusetzen. Zwar wurden konzernweit der „Kölner Express“ und die „Mitteldeutsche Zeitung“ (Halle) als Testobjekte für die Transformation der Marken ins Digitale auserkoren, mit der die Trennung von Print- und Online-Redaktionen eher rückgängig gemacht werden soll. Doch überall sollen zentrale Content-Desks entstehen, die die Inhalte zunächst sammeln und dann in die verschiedenen Kanäle einspeisen sollen. Etliches deutet darauf hin, dass Texter künftig ganz überwiegend im Online-Bereich arbeiten sollen und Printredaktionen noch mehr ausgedünnt werden. Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch kritisiert, dass die „digitale Transformation“



Fotos: von Polentz/transitfoto.de

bisher ausschließlich ein Prozess „von oben“ sei und mit den Beschäftigten nicht über Inhalte gesprochen werde. Sie sieht noch höheren Arbeitsdruck in den Redaktionen voraus: „Wenn künftig Klickraten Maßstab für Qualität im Journalismus sein sollen, läuft etwas grundsätzlich schief.“

Auswirkung auf Stellen und Personal dürfte es auch haben, wenn in Berlin Kooperationspläne mit Holtzbrinck („Der Tagesspiegel“) und der Funke-Gruppe („Berliner Morgenpost“) umgesetzt werden sollten. Die gemeinsamen Zustell-Tochter BVZ soll danach auch die Abo-Vermarktung übertragen bekommen. Im Verlagshaus am Alexanderplatz dürfte das nicht nur die Beschäftigten der ausgegründeten Berliner Lesermarkt GmbH unmittelbar betreffen, sondern Auswirkungen auf weitere Bereiche haben, auch bei den Tageszeitungen „Der Tagesspiegel“ und „Berliner Morgenpost“.

Gewählt und Wahlen angefochten

In diesem Sommer wurden im Verlagshaus am Alexanderplatz mehrfach Betriebsräte neu gewählt, zuletzt Ende August in den beiden Call-Centern DuMont Dialog und DuMont Pro-

cess. Damit gibt es im gesamten Call-Center-Geschäftszweig des Konzerns jetzt Betriebsräte.

Mit den Wahlen für den Gemeinschaftsbetrieb Berliner Verlag GmbH („Berliner Zeitung“), Berliner Kurier GmbH und DuMont Redaktionsgemeinschaft (Rege 2) am 23. Juli 2015 wurde die neunköpfige Interessenvertretung der beiden Tageszeitungen für die kommenden drei Jahre neu besetzt. Ihr gehören demnach vier Kolleginnen und fünf Kollegen an. Als Vorsitzende wurde Renate Gensch bestätigt. Allerdings hat – wie auch im zum Konzern gehörenden Betrieb der „Hamburger Morgenpost“ – die Geschäftsführung ein Wahlanfechtungsverfahren beim Arbeitsgericht beantragt. Es wird darum gestritten, ob der Berliner Verlag mit der „Berliner Zeitung“ und die sogenannte Redaktionsgemeinschaft 2 sowie der ausgelagerte „Berliner Kurier“ einen gemeinsamen Betrieb bilden. Außerdem zweifelt die Arbeitgeberseite an, dass feste Freie die Interessenvertretung mitwählen durften. Bis zu einem Richterspruch arbeitet der Betriebsrat jedoch weiter, Betriebsvereinbarungen gelten fort.

Helma Nehrlich

Nico Kramer, Betriebsrat von 16 Beschäftigten: Zusammenhalten und nicht fürchten

Glückwunsch zur Wahl, Nico! Du bist ein erfahrener Interessenvertreter, warst bisher im neunköpfigen Betriebsrat des Berliner Verlages, leitest den Konzernbetriebsrat der Mediengruppe. Nun seid Ihr von Vertrieb und Marketing in die BVZ Berliner Lesermarkt GmbH ausgelagert worden. Wie fühlt man sich als Ein-Mann-Betriebsrat?

Nico: Als einköpfiger Betriebsrat fühle ich mich auch ganz wohl, die Arbeit ist überschaubarer. Leider sieht das Gesetz weniger Rechte für Betriebsräte in Betrieben unter 21 Beschäftigten vor. Das ist bedauerlich, denn natürlich sind wir nach wie vor de facto Bestandteil eines größeren Betriebes. Dass der Verlag nur in viele kleine „Scheinbetriebe“ zerschlagen wurde, wurde schon oft beschrieben. Die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Verlags ... , pardon, mit den

anderen Betrieben unseres kleinen Konzerns hat sich ja kaum verändert.

Dein Amt ist von Beginn an kein einfaches, wenn man die Pläne zur gemeinsamen Abo-Vermarktung mit Morgenpost und Tagesspiegel betrachtet. Was könnte eine solche Kooperation für Euch bedeuten?

Nico: Sie trägt nicht wirklich zur Motivation der Kolleginnen und Kollegen bei. Sollte eine solche Kooperation kommen, zieht das vermutlich für alle Vertriebsabteilungen der Berliner Zeitungen einen erheblichen Personalabbau nach sich. Auch für uns ist klar, dass in einem Vertrieb für alle drei großen Tageszeitungen in Berlin nicht so viel Personal gebraucht wird, wie in drei getrennten Vertriebsabteilungen (oder wie bei uns in einem „Vertriebsbetrieb“).



Sollte diese Kooperation nicht zustande kommen, sehe ich dennoch Folgen einer möglichen Zusammenarbeit im DuMont-Konzern. Auch hier geben sich seit Jahren dieselben „Berater“ wie überall in der Branche die Kliniken in die Hand und verbreiten ihre kopierten Rezepte zu „Synergie-Effekten“ und Einsparungen durch Personalabbau. Wie zu Beginn gesagt, Motivation sieht anders aus!

Und wie könnt Ihr Euch wappnen?

Nico: Wir machen das Beste daraus. Rechtlich haben wir bereits Einiges getan. Wir wurden durch Betriebsübergang in eine neue Firma ausgelagert. Dass uns die Verlagsführung über die wahren Gründe der Auslagerung korrekt informiert hat, bezweifelten alle von Beginn an. Wappnen vor Dingen, von denen man nicht weiß, ob und wann sie kommen, ist schwierig. Wir halten zusammen und lassen uns nicht schrecken. Sonst macht die Arbeit keinen Spaß, sondern krank.

(Fragen: neh)

Vorratsdatenspeicherung:

Medienfreiheit beeinträchtigt

Die Medienorganisationen DJV, dju in ver.di, BDZV, VDZ, VPRT, der Deutsche Presserat und die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Pläne der Bundesregierung zu einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung gewandt.

Die von der Bundesregierung geplante anlasslose Vorratsdatenspeicherung beeinträchtigt die Presse- und Rundfunkfreiheit. Sie schwächt den Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis. Zu diesem Schluss kommen die wichtigsten deutschen Medienverbände und -unternehmen in einer gemeinsamen Stellungnahme an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs seien die geplanten Regelungen nicht in Einklang zu bringen. Durch die Speicherung der Telekommunikationsdaten ließen sich die Kontakte zwischen Redaktionen und ihren Informanten nachvollziehen. Vorgesehen sei in dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung zudem die Erhebung von Standortdaten, um Bewegungsprofile anfertigen zu können. „Jede Maßnahme für sich, aber auch deren Verknüpfung ist geeignet, das Vertrauen in den Informantenschutz nachhaltig zu untergraben bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen, was die journalistische Berichterstattungsfreiheit in nicht hinnehmbarem Maße gefährdet“, heißt es in der Stellungnahme wörtlich.

Die Medienorganisationen DJV, dju in ver.di, BDZV, VDZ, VPRT, der Deutsche Presserat und die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und

ZDF fordern deshalb die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, dem Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung die Zustimmung zu verweigern.

Die 22-seitige Stellungnahme wurde von den Medienorganisationen am 7. September an den Rechtsausschuss des Bundestags geschickt. Das Gremium befasste sich am 21. September mit der Vorratsdatenspeicherung. In der Anhörung des Rechtsausschusses wurden Vertreter der Medien nicht gehört. Eingeladen waren als Sachverständige vom Rechtsausschuss Dr. Nikolaus Berger, Richter am Bundesgerichtshof, 5. Strafsenat, Christoph Frank, Deutscher Richterbund e. V. (DRB), Vorsitzender Oberstaatsanwalt in Freiburg i.Br., Rainer Franosch, Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden, Oberstaatsanwalt, Dr. Heide Sandkuhl, Deutscher Anwaltverein (DAV) e. V., Rechtsanwältin, Berlin, Vorsitzende des Ausschusses Gefahrenabwehrrecht, Meinhard Starostik, Rechtsanwalt, Berlin, Frank Thiede, Bundeskriminalamt Wiesbaden, Leiter der Beratungsstelle für polizeipraktische Rechtsfragen und Rechtspolitik, Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger, Universität Augsburg, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht. Ausführliche Informationen zur Anhörung der Sachverständigen:

<http://bit.ly/1Rie815>

Quartalsberichte online

Die Quartalsberichte zur Medienwirtschaft von Gert Hautsch, für den Zeitraum April bis Juni 2015, stehen online. Sie sind wie immer in die drei Teilbereiche Branchenübersicht, Konzernübersichten sowie Übernahmen und Beteiligungen gegliedert.

Link zum Download: <http://bit.ly/1j2BNap>

Journalistentag im Ländle

der ver.di-Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie Baden-Württemberg lädt zum „22. JournalistInnen-Tag Baden-Württemberg“ am Samstag, 28. November 2015, ab 10.45 Uhr in den ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg, Theodor-Heuss-Straße 2, 70174 Stuttgart ein. Das Thema des Journalistentages lautet „NSU - dreifaches Versagen von Diensten, Medien und Politik?“.

Verbindliche Anmeldung bis zum 13. November 2015 notwendig. Link zum Formular:

<http://bit.ly/1M7hEvO>

Fahrtkosten werden NICHT erstattet, die Kosten für die Verpflegung im Saal wird von ver.di übernommen.

Link zum Programm (PDF):

<http://bit.ly/1WltVJv>

JAV: Themen zum Thema machen

Die bundesweite Konferenz für Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus Medien, Kunst und Industrie zum Thema Öffentlichkeitsarbeit findet im kommenden Jahr vom 2. bis 4. Mai in der ver.di-Jugendbildungsstätte Naumburg statt.

Ausführliche Informationen zum Programm und zur Anmeldung:

<http://bit.ly/1jAnLN6>



9. ver.di-Druckertage LH 11 151113 02

Gewerkschaftliche Bildung – Wo kommen wir her, wo wollen wir hin?

13. bis 15. November 2015

ver.di Institut für Bildung, Medien und Kunst

Die Arbeitswelt wandelt sich stetig. Kein Stein bleibt auf dem anderen. Wenn es nach herrschender Politik und Wirtschaft geht, sollen Arbeitnehmer immer flexibler, billiger und leistungsfähiger werden. Branchen verändern sich und die gewerkschaftliche Gegenmacht und Durchsetzungsfähigkeit steht auf dem Prüfstand und gerät zunehmend unter Druck. Die Druckertage 2015 befassen sich kritisch mit diesen Entwicklungen und mit der Rolle, Aufgabe und Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Die Fragen »Wie hat sich die Bildungsarbeit in den letzten Jahren verändert und warum?« und »Vor welchen Herausforderungen stehen wir in der Bildungsarbeit und mit welchem Ziel führen wir sie durch?« stehen im Mittelpunkt der Diskussionen.

9. ver.di-Druckertage

Die 9. ver.di-Druckertage vom 13. bis 15. November 2015, die letztmalig in der ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste stattfinden werden, beschäftigen sich mit dem Thema: „Gewerkschaftliche Bildung – Wo kommen wir her, wo wollen wir hin?“. Sie sind für alle Gewerkschaftsmitglieder offen, nicht nur für Beschäftigte aus der Druckindustrie.

Ausführliche Informationen zum Programm und zur Anmeldung: <http://bit.ly/1L6iNck>

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
@vdp_in_verdi
die dju:
@djuverdi
Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jqwhg>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>